

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2021

Inhalt

| | |
|---|----------|
| Nachrichten aus den EU-Institutionen | 1 |
| EU-Kommission: Empfehlungen für inklusive Schulbildung..... | 1 |
| EU-Kommission: Expert:innengruppe für die Zukunft sozialer Sicherung und des Sozialstaates..... | 1 |
| EU-Kommission: Erneuerung der Europäischen Ausbildungsallianz..... | 1 |
| EU-Kommission: Toolbox für Menschenrechte mit Blick auf Inklusion überarbeitet..... | 2 |
| EU und Mitgliedstaaten: Mittel für globale Bildungspartnerschaft angekündigt..... | 2 |
| Slowenischer Ratsvorsitz: Digitale Plattform Europe Readr..... | 2 |
| Nachrichten aus den europäischen Staaten | 3 |
| Großbritannien: Ausbau von Familienzentren | 3 |
| Schweiz: Kein verpflichtender Lastenausgleich für Familienzulagen..... | 3 |
| Schweiz: Regionale Ungleichheiten in der Kinderbetreuung | 3 |
| Finnland: Sterbealter der Eltern beeinflusst Rentenentscheidungen..... | 4 |
| Österreich: Erhöhung der Regelaltersgrenze für Frauen geplant | 4 |
| Weitere Nachrichten | 5 |
| EGMR: Kontaktverbot für transgeschlechtliche Eltern unzulässig..... | 5 |
| Stellungnahmen zur sozialen Gerechtigkeit beim EU-Klimagesetz | 5 |
| UN Decade of Healthy Ageing: Erfahrungsberichte zum Thema Altersdiskriminierung gesucht | 5 |
| Berichte und Studien | 6 |
| OECD: Bericht zur Datenerhebung für evidenzbasierte Kinderpolitik..... | 6 |
| Eurofound: Lebensbedingungen und Lebensqualität von Kindern und Familien im Jahr 2020..... | 6 |
| WHO: Bericht zu Isolation und Einsamkeit Älterer | 7 |
| MISSOC: Aktuelle Daten zur sozialen Sicherheit in EU- und weiteren europäischen Staaten | 7 |
| Bericht über Einstellungen junger Menschen zum Einsatz künstlicher Intelligenz..... | 7 |
| ESF: Praktische Hinweise zu Programmen für Kinder und Jugendliche..... | 8 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 8 |

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Empfehlungen für inklusive Schulbildung

Die EU-Kommission hat ihre Empfehlungen für eine inklusive Gestaltung der Primar- und Sekundarschulbildung durch Blended Learning veröffentlicht. Eine inklusive Schulbildung ist eines der Ziele des Europäischen Bildungsraums. Blended Learning bezeichnet Unterrichtsformate, in denen klassischer Präsenzunterricht mit digitalen Lernangeboten kombiniert werden. Die Empfehlungen sind daher mit dem Aktionsplan für digitale Bildung abgestimmt. Formuliert werden kurzfristige Maßnahmen, die zur Bewältigung der Probleme durch die Pandemie im Bildungsbereich schnell umgesetzt werden können. Außerdem werden Perspektiven aufgezeigt, die Schulbildung langfristig inklusiver zu gestalten. Vorgeschlagen wird, gezielte Unterstützung für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder sonstigen Lernschwierigkeiten zur Verfügung zu stellen – in Form von Mentorenprogrammen, zusätzlichen Lernzeiten und individueller Förderung. Ein positives Lernumfeld trage zur besseren Leistungsfähigkeit von Schüler:innen und Lehrer:innen bei. Daher sollte das psychische und physische Wohlbefinden aller Beteiligten priorisiert werden. Zur langfristigen Verbesserung des Blended Learning müssten die digitalen Kompetenzen von Lehrenden, Schüler:innen und ihren Familien gefördert werden. Bereichernd für den Schulalltag seien Partnerschaften mit Bildungsorganisationen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Wirtschaft und der Bildungsforschung. Zur Gestaltung zukunftsfähiger Schulen sollten die Mittel aus den verschiedenen EU-Programmen und Initiativen ausgeschöpft werden.

- [Empfehlungen zum Blended Learning](#) 
- [Der Europäische Bildungsraum](#)

EU-Kommission: Expert:innengruppe für die Zukunft sozialer Sicherung und des Sozialstaates

Die EU-Kommission baut eine Expert:innengruppe für die Zukunft sozialer Sicherung und des Sozialstaats auf, die im Aktionsplan zur Implementierung der Europäischen Säule sozialer Rechte angekündigt worden war. Die Gruppe soll die Zukunft von sozialstaatlicher Sicherung und Möglichkeiten ihrer Finanzierung in einer sich verändernden Arbeitswelt und Wirtschaftsumgebung erforschen. Dafür sollen zehn bis 12 Expert:innen mit Kenntnissen über Systeme sozialer Sicherung, Koordination von Sozialpolitik, Sozialdienste und Wohnraumversorgung, Arbeitsmarkt, Steuern und Fiskalpolitik sowie Demografie und soziale Aspekte des Übergangs in eine nachhaltige und digitale Gesellschaft zusammenkommen. Die Kommission hat einen Bewerbungsauftrag gestartet und bittet um die Verteilung unter Expert:innen aus den genannten Bereichen und Bewerbungen bis zum 17. September. Bei der Auswahl wird eine Ausgewogenheit der Geschlechter und der regionalen Herkunft angestrebt.

- [Aufruf zur Bewerbung für die Expert:innengruppe Zukunft der sozialen Sicherung](#)  
- [Informationen zur Expertengruppe im Register der Kommission](#)

EU-Kommission: Erneuerung der Europäischen Ausbildungsallianz

Nach einem Jahr Laufzeit der Europäischen Ausbildungsallianz hat die EU-Kommission ihr Programm überarbeitet, die im Juli 2020 im Rahmen des Pakets zur Förderung der Jugendbeschäftigung gestartet worden war. Die erste Priorität für ist es, die Qualität und Effektivität von Ausbildungen zu steigern. Dazu soll die Zusammenarbeit von ausbildenden Betrieben und den Institutionen der Mitgliedstaaten stärker gefördert werden. Eine weitere Priorität ist die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, um mit vorhandenen Ressourcen ausbilden

zu können. Die Allianz soll außerdem stärker die regionale und lokale politische Ebene sowie die nationalen Dachverbände von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen einbinden. Gefördert werden sollte zudem der Austausch zwischen den Sektoren. Eine weitere Priorität ist die Erneuerung des European Apprentices Network (EAN), das den Austausch zwischen Jugendorganisationen, Ausbildungsstätten, Bildungseinrichtungen und weiteren relevanten Organisationen ermöglicht. Das Netzwerk soll dazu beitragen, dass die Perspektiven von Auszubildenden in die politischen Entscheidungen rund um das Thema Ausbildung einfließen. In die Erneuerung sind die Ergebnisse eines Surveys zur Implementierung der EU-Ausbildungsallianz eingeflossen.

- [Infografik zur erneuerten EU-Ausbildungsallianz](#) 
- [European Alliance for Apprenticeship Monitoring Survey](#)  

EU-Kommission: Toolbox für Menschenrechte mit Blick auf Inklusion überarbeitet

Die EU-Kommission hat ihre Toolbox für Menschenrechte für die außenpolitischen Aktionsprogramme der EU aktualisiert und die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärker einbezogen. Die Toolbox enthält praktische Hinweise für Mitarbeiter:innen von EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Partnerorganisationen zur Umsetzung des menschenrechtsbasierten Ansatzes der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Ansatz folgt den fünf Prinzipien Partizipation, Verantwortlichkeit, Nicht-Diskriminierung und Gleichberechtigung, Empowerment und Rechtmäßigkeit. In der aktualisierten Version wird auf die EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen Bezug genommen, die Arbeit von Organisationen von Menschen mit Behinderungen einbezogen und die Wichtigkeit einer intersektionalen Perspektive auf verschiedene Diskriminierungsformen betont.

- [Applying the Human Rights Based Approach to international partnerships - Toolbox](#)  

EU und Mitgliedstaaten: Mittel für globale Bildungspartnerschaft angekündigt

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben auf dem Globalen Bildungsgipfel angekündigt, Mittel in Höhe von 1,7 Milliarden Euro für die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE) bereitzustellen. Mit den Mitteln für den Zeitraum 2021-2025 soll über einer Milliarde Kindern in bis zu 90 Ländern eine bessere Bildung ermöglicht werden. Insbesondere angesichts der Rückschläge durch die Covid-19 Pandemie sehe sich die EU in der Verantwortung, eine hochwertige Bildung für Kinder weltweit zu fördern. Die Förderung konzentrierte sich einerseits auf Investitionen in gut qualifizierte Lehrkräfte: Bis zum Jahr 2030 sollen weltweit 69 Millionen neue Lehrer:innen in Primar- und Sekundarschulen eingestellt werden. Ein besonderer Schwerpunkt des Programms liege auf der Förderung von Bildung und Selbstbestimmung für Mädchen. Insgesamt sollen die Bildungsprogramme Kompetenzen fördern, die zukünftig für Fachkräfte besonders gefragt sein werden, wie zum Beispiel Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Technologien.

- [Website des Globalen Bildungsgipfels](#) 

Slowenischer Ratsvorsitz: Digitale Plattform Europe Readr

Der slowenische Vorsitz im Rat der EU hat die Plattform Europe Readr gestartet, mit dem das Lesen gefördert werden soll. Im Rahmen des Projekts sind 27 Bücher auf der Plattform frei zugänglich: Ein literarisches Werk aus jedem Mitgliedstaat. Sie können in der Originalsprache oder auf Englisch gelesen werden. Enthalten sind die verschiedensten Genres der Literatur, um eine möglichst große Gruppe Interessierter anzusprechen. Begleitend werden Lernmaterialien und Ratgeber für Eltern, Lehrer:innen und Erzieher:innen zur Verfügung gestellt. Sie sollen

die Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen dabei unterstützen, diese für das Lesen zu begeistern. Begleitend zur Plattform finden über die gesamte Zeit der slowenischen Ratspräsidentschaft seit dem 01. Juli bis zum Jahresende Veranstaltungen zum Lesen und den Ideenaustausch über die Zukunft der Literatur statt. Aus Deutschland wird der Comic Unfollow von Lukas Jülicher vorgestellt.

- [Projekt Europe Readr](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Großbritannien: Ausbau von Familienzentren

Die britische Regierung hat angekündigt, die Förderung ihres Programms für Familienzentren zu erhöhen. Mit den zusätzlichen 20 Millionen Pfund sollen zehn weitere „Family Hubs“ geschaffen werden. Die Familienzentren haben einen integrierten Ansatz und bieten Kindern und Familien Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Betreuung, Gesundheit und Soziales an. Dieses Konzept soll Zugangsbarrieren zu sozialen Diensten verringern, da Familien und Kinder so nur eine Anlaufstelle haben, bei der sie alle verfügbaren Leistungen erhalten. Der Ausbau des Programms orientiert sich an einer Publikation des britischen Ministeriums für Gesundheit und Soziales, in der die Wichtigkeit eines integrierten Ansatzes betont wird. Auch die Bedeutung der ersten 1.000 Tage im Leben eines Kindes wird dort betont. Frühkindliche Förderung sei entscheidend für die Entwicklung von Kindern. Niedrigschwellige Angebote wie die „Family Hubs“ könnten Familien dabei bestmöglich unterstützen.

- [Department for Health and Social Care: The Best Start for Life. A Vision for the 1,001 Critical Days](#)  

Schweiz: Kein verpflichtender Lastenausgleich für Familienzulagen

In der Schweiz wird derzeit das System der Finanzierung von Familienzulagen diskutiert. Abgeordnete der Nationalversammlung hatten in einer sogenannten Motion die Änderung der Gesetzgebung für die Finanzierung der Familienausgleichskassen (FAK) gefordert. Nachdem die Stellungnahmen der Kantone im Bundesrat Uneinigkeit zu dieser Frage gezeigt hatten, wurde die Motion abgewiesen. Derzeit gibt es in der Schweiz 229 verschiedene FAK, die in den Kantonen jeweils nach Branchen organisiert sind. In der Schweiz werden Familienzulagen durch zweckgebundene Abgaben vom Lohn finanziert, die Arbeitgeber an die FAK abführen. Diese Beiträge an die FAK variieren je nach Lohnniveau und Erwerbsstatus der Beschäftigten. Da Branchen mit durchschnittlich niedrigen Löhnen gleichzeitig auch die Branchen sind, in denen häufig in Teilzeit gearbeitet wird und Beschäftigte durchschnittlich mehr Kinder haben, sind die zuständigen FAK schlechter finanziert und müssen mehr Familienzulagen auszahlen. Um diese ausgleichen zu können, erheben sie proportional höhere Beitragssätze als die FAK, in denen gutverdienende Beschäftigte mit wenigen Kindern einen Großteil der Versicherten ausmachen. Aus diesem Grund gibt es in 16 Kantonen bereits einen Ausgleich zwischen den FAK durch den Kanton. Eine solche Regelung hatte die nun abgewiesene Motion verpflichtend für alle Kantone gefordert, um die ungleichen Beiträge in Branchen mit ohnehin geringen Löhnen zu beenden.

Schweiz: Regionale Ungleichheiten in der Kinderbetreuung

Die eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) der Schweiz hat einen Bericht darüber veröffentlicht, in welchen Regionen und Kantonen der Schweiz gute Kinderbetreuung ausreichend verfügbar ist. Durch die

kantonale Zuständigkeit schwanken die Verfügbarkeit und die finanzielle Belastung der Familien stark je nach Wohnort der Familien. Auch die Organisation der Betreuung in Kitas und bei Tagesmüttern und die Qualitätsvorgaben an Betreuungseinrichtungen sind regional sehr unterschiedlich. Der Bericht schließt daraus, dass sich die ungleichen Rahmenbedingungen auf die Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder auswirken. Die EKFF empfiehlt die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Kinderbetreuung, die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Betreuungskosten und damit eine Senkung der Elterntarife, die Erarbeitung eines nationalen Rahmenplans für Betreuungsqualität, Steuerabzüge für Kinderbetreuungskosten, die Zuordnung von Kinderbetreuung in den bildungspolitischen Bereich und die Einführung einer Elternzeit.

- [EKFF: Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuung und Elterntarife](#) 
- [EKFF: Kinderbetreuung finanzieren und Elterntarife gestalten. Empfehlungen an Politik und Behörden auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene](#) 

Finland: Sterbealter der Eltern beeinflusst Rentenentscheidungen

Eine finnische Studie hat gezeigt, dass Menschen in Finnland bei der Planung ihres Ruhestands ihre voraussichtliche Lebenserwartung anhand des Sterbealters der Eltern einbeziehen. Gefunden wurde ein Zusammenhang zwischen der so prognostizierten Lebenserwartung und der Entscheidung, ab dem 61 Lebensjahr eine Teilaltersrente zu beziehen. Der häufigste Grund für die Inanspruchnahme dieser Rente sei eine unsichere Zukunft und eine erwartete niedrige Lebenserwartung. Dies zeige sich auch im Vergleich der Geschlechter: Männer haben durchschnittlich eine niedrigere Lebenserwartung als Frauen und nehmen ca. 50 Prozent häufiger die Teilaltersrente in Anspruch. Da Berechnungen zur Rentenfinanzierung von Durchschnittswerten für das Lebensalter ausgehen, gleichen sich die Rentenzahlungen für früh und spät versterbende Renter:innen aus und halten das Rentensystem stabil.

Österreich: Erhöhung der Regelaltersgrenze für Frauen geplant

In Österreich soll ab dem Jahr 2024 die Anpassung der Regelaltersgrenze für Frauen an die für Männer beginnen: Bis zum Jahr 2033 soll die Anhebung der Altersgrenze von 60 auf 65 Jahre abgeschlossen sein. Damit folgt Österreich einer europaweiten Entwicklung. Bis auf Polen und Rumänien haben alle Mitgliedstaaten der EU in den letzten Jahren Anpassungen der Regelaltersgrenzen von Frauen vorgenommen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass bereits aktuell nur die Hälfte der Frauen in Österreich direkt aus einem Beschäftigungsverhältnis in die Rente eintreten. Die übrigen Frauen befinden sich zwischen Erwerbsarbeit und Altersrente in einem inaktiven Erwerbsstatus. Sie sind nicht arbeitslos gemeldet, sondern in der Regel erwerbsunfähig. Deutliche Unterschiede seien zwischen hoch und niedrig qualifizierten und entlohnten Frauen zu erkennen: Die größten Lücken zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt hätten Frauen mit geringen Einkommen. Ergänzend zu den Statistiken wurden qualitative Daten in Interviews mit Frauen aus der Pflege, Gastronomie, Einzelhandel und der Gebäudereinigung erhoben. Die Beschäftigten gaben an, bisher kaum Anpassungsmaßnahmen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit im Alter bzw. der altersgerechten Umgestaltung ihrer Arbeitsplätze zu sehen.

- [Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Erwerbsaustritt, Pensionsantritt und Anhebung des Frauenpensionsalters ab 2024](#) 

Weitere Nachrichten

EGMR: Kontaktverbot für transgeschlechtliche Eltern unzulässig

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, dass transgeschlechtlichen Eltern der Kontakt zu ihren Kindern nicht verboten werden darf. Geklagt hatte eine Frau aus Russland, der aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität verboten worden war, ihre Kinder zu sehen. Der EGMR stellte fest, dass diese Handhabung in Russland eine Verletzung des Rechts auf Privat- und Familienleben und des Diskriminierungsverbots darstellt. Angemahnt wurde zudem, dass die russischen Institutionen das Kindeswohl nicht ausreichend berücksichtigt hätten. Eine umfassende Bewertung einer möglichen Kindeswohlgefährdung durch die Geschlechtsidentität der Mutter war nicht vorgenommen worden. Russische Gerichte hatten argumentiert, dass das Aufwachsen mit einem transgeschlechtlichen Elternteil einen Schaden für die psychische Gesundheit des Kindes bedeuten würde. Der EGMR war hingegen der Ansicht, dass eine psychische Belastung durch die Geschlechtsidentität eines Elternteils nicht pauschal angenommen werden könne. Mit diesem Fall hat der EGMR erstmalig eine Verletzung des Diskriminierungsverbots aufgrund der geschlechtlichen Identität einer Person festgestellt. Die LGBTI-Organisationen Transgender Europe (TGEU) und ILGA-Europe (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association) hatten den Fall begleitet und die Klägerin mit einer Stellungnahme zur Situation transgeschlechtlicher Eltern unterstützt.

- [Stellungnahme zu Elternschaft von transgeschlechtlichen Personen von TGEU und ILGA-Europe](#)  

Stellungnahmen zur sozialen Gerechtigkeit beim EU-Klimagesetz

Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen haben Stellungnahmen zu sozialpolitischen Dimensionen des neuen EU-Klimapakets abgegeben. Das Netzwerk Social Platform weist auf die Dimension sozialer Gerechtigkeit beim neuen EU-Klimagesetz „Fit for 55“ (s. [EuropaNews 07/21](#)) hin. In dem Statement wird die Dringlichkeit einer wirksamen EU-weiten Gesetzgebung zum Klimaschutz bekräftigt und das neue Gesetzkpaket befürwortet. Die Social Platform verweist aber auf die Herausforderung, dass einkommensschwache Menschen durch die neuen Bestimmungen nicht in die Armut abrutschen dürften. Auch Housing Europe und die European Public Health Alliance (EPHA) haben Statements zum Klimagesetz veröffentlicht. Beide Organisationen weisen darauf hin, dass der im Klimagesetz vorgesehene Co2-Emissionshandel die Preise für Strom, Heizung und Benzin voraussichtlich hochtreiben werde. Diese Entwicklung müsste bedacht und abgefedert werden, sodass Geringverdienende nicht überproportional von den Umstellungen betroffen würden. Social Platform und die EPHA begrüßen die Einrichtung des Social Climate Fund, der den sozial gerechten Übergang in ein klimaneutrales Europa ermöglichen soll. Sie geben zu bedenken, dass die Verteilung der Mittel aus diesem Fond den Mitgliedstaaten überlassen ist. Die Regierungen müssten sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen austauschen, um dafür zu sorgen, dass die Gelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

- [Is the delivery of a Social Green Deal right on track?](#) 
- [Fit for 55 – will new climate legislation deliver for public health?](#) 

UN Decade of Healthy Ageing: Erfahrungsberichte zum Thema Altersdiskriminierung gesucht

Die UN-Initiative Decade of Healthy Ageing ruft zur Beteiligung an ihrem Projekt Ageism through the ages auf. Das Projekt setzt sich gegen Altersdiskriminierung ein und sammelt aktuell Erfahrungsberichte Betroffener. Ageism



through the ages wird vom 01. Oktober (dem Internationalen Tag älterer Menschen) bis zum 20. November (dem Weltkindertag) über Altersdiskriminierung informieren, Interessenvertreter:innen und ihre Arbeit vorstellen sowie ausgewählte Erfahrungsberichte veröffentlichen. Entsprechend den Aktionstagen, die den Aktionszeitraum rahmen, konzentriert sich das Projekt zunächst auf die Diskriminierung älterer Menschen und geht dann zum Thema Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen über. Beide betroffenen Gruppen werden in einem gemeinsamen Projekt angesprochen, um die Gemeinsamkeiten verschiedener Formen der Altersdiskriminierung zu betonen. Interessierte können noch bis zum 17. September einen Beitrag einreichen. Sie können in englischer, französischer oder spanischer Sprache verfasst werden.

- [Aufruf zur Beteiligung am Projekt "Ageism through the ages"](#) 

Berichte und Studien

OECD: Bericht zur Datenerhebung für evidenzbasierte Kinderpolitik

Die OECD hat einen Bericht herausgegeben, in dem die Bedeutung von Daten zu Kindheit und Kindeswohl für die Gestaltung wirksamer Sozialpolitik für Kinder betont wird. Die Datenlage zur Kindheit habe sich zwar insgesamt in den letzten Jahrzehnten verbessert, die sozialpolitischen Maßnahmen zur Absicherung des Kindeswohls und entwicklungsfördernder Bedingungen basierten aber zumeist nicht auf Daten, die ihre Wirksamkeit belegten. Die OECD stellt einen konzeptionellen Rahmen für die Gestaltung evidenzbasierter Politik für Kinder zur Verfügung. Sie schlägt vor, sich in der Zielsetzung nicht an den derzeit verfügbaren Daten zu orientieren, sondern sich auf die ganzheitliche Perspektive für eine gute Kindheit zu konzentrieren. Anschließend müsse daran gearbeitet werden, die Datenlage für die Indikatoren zu verbessern, die für die definierten Ziele wichtig sind. Dabei sollte ein Fokus darauf liegen, dass Kinder in die Lage versetzt werden, ihre Bedürfnisse und Wünsche in die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einzubringen. Probleme bei der Datenerfassung bestünden derzeit vor allem in OECD-Staaten außerhalb der EU. In der EU sei die Datenlage insgesamt umfassend, marginalisierte und besonders vulnerable Gruppen von Kindern seien jedoch häufig nicht ausreichend einbezogen. In dieser Hinsicht müsse die Datenerhebung verbessert werden. Zudem sollten zukünftig die Hinweise aus dem OECD-Konzept beachtet werden: Die Sichtweisen und Bedürfnisse von Kindern einbeziehen, Kindheit ganzheitlich anstatt mit einzelnen Indikatoren betrachten und der transnationale Austausch zur Datenerhebung fördern.

- [OECD: Measuring What Matters for Child Well-being and Policies](#) 

Eurofound: Lebensbedingungen und Lebensqualität von Kindern und Familien im Jahr 2020

Eurofound hat einen Bericht über die Lebensbedingungen von Kindern und Familien im Jahr 2020 herausgegeben. Darin wird der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum für Kinder und Familien in Europa betrachtet. Eine Auswirkung der Schulschließungen sei es gewesen, dass sich die informelle Betreuung und Beschulung in der Familie stark erhöht habe. Dies gelte insbesondere für Frauen und am stärksten für alleinerziehende Mütter. Die digitale Unterstützung beim Home-Schooling war größtenteils gewährleistet, für die meisten Familien allerdings nicht zufriedenstellend. Die Ungleichheiten beim Schulerfolg verschiedener sozioökonomischer Gruppen habe sich im Zuge der Pandemie deutlich vergrößert. Im Jahr 2020 war die Lebenszufriedenheit in Europa bei Familien geringer als in Haushalten ohne Kinder. Haushalte mit Kindern berichteten zudem häufiger über Unsicherheiten in Bezug auf ihren Wohnraum. Knapp sieben im Vergleich zu vier

Prozent der Kinderlosen gaben es als wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich an, in den kommenden drei Monaten ihre Wohnung räumen zu müssen, da sie diese nicht länger bezahlen können. Der Anteil von Alleinerziehenden mit Mietrückständen und im Zahlungsverzug bei Versorgungsleistungen war doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt.

- [Eurofound: Lebensbedingungen und Lebensqualität. Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnen: Wie sich der Zugang für Kinder und Familien 2020 verändert hat](#) 🇪🇺

WHO: Bericht zu Isolation und Einsamkeit Älterer

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) hat einen Bericht zur sozialen Isolation und Einsamkeit älterer Menschen veröffentlicht. Darin soll über die Verbreitung und Folgen sozialer Isolation Älterer informiert und politische Möglichkeiten aufgezeigt werden. Durch die Covid-19 Pandemie sei ein öffentliches Interesse für die Einsamkeit älterer Menschen geweckt worden, das nun genutzt werden müsse. 20 bis 34 Prozent der Älteren in Europa, China, Lateinamerika und den USA fühlten sich einsam. Soziale Isolation habe deutliche Auswirkungen auf die körperliche und mentale Gesundheit und beeinträchtige insgesamt die Lebensqualität. Ein Risikofaktor für Einsamkeit im Alter sei das Leben allein. Auch Menschen, die in Pflegeeinrichtungen lebten, fühlten sich einsamer als Ältere, die in Familien oder andere Lebensgemeinschaften eingebunden seien. Um die soziale Isolation Älterer zu verringern, müssten der öffentliche Nahverkehr und soziale Dienste für einsame ältere Menschen ausgebaut sowie die digitale Teilhabe Älterer verbessert werden. Um passgenaue Lösungen zu entwickeln, werde auch vermehrt Forschung zur sozialen Isolation im Alter benötigt.

- [WHO: Social isolation and loneliness among older people](#) 🇬🇧 🇪🇺

MISSOC: Aktuelle Daten zur sozialen Sicherheit in EU- und weiteren europäischen Staaten

Die Daten des MISSOC (Mutual Information System on Social Protection) für alle EU-Mitgliedstaaten und Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz wurden aktualisiert. MISSOC enthält vergleichbare Daten für die Systeme der sozialen Sicherheit in Europa. Sie sind gegliedert in die Themenbereiche Finanzierung der sozialen Sicherung, Gesundheitssystem, Elternzeit, Arbeitsunfähigkeit, Alter, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Familienleistungen, Arbeitslosenleistungen, Mindestsicherung und Langzeitpflege. Sie enthalten außerdem Informationen über die soziale Sicherung Selbstständiger. Mit dem Tool auf der Website können Vergleiche nach Themenbereichen und einzelnen Staaten sowie im europaweiten Vergleich ausgegeben werden.

- [MISSOC - Mutual Information System on Social Protection](#) 🇬🇧

Bericht über Einstellungen junger Menschen zum Einsatz künstlicher Intelligenz

In einer gemeinsamen Studie des Weizenbaum-Instituts und des Goethe-Instituts wurde untersucht, welche Einstellungen junge Menschen in Europa zum Thema künstliche Intelligenz haben und welche Erfahrung sie in einer zunehmend datenbasierten Umgebung machen. Dabei zeigte sich, dass die Perspektiven auf umfassende Datenerfassung und -nutzung bei jungen Menschen europaweit sehr ähnlich sind und sich wenig länderspezifische Unterschiede abzeichnen. Insgesamt wurde ein hohes Bewusstsein für die möglichen Gefahren von Datenerfassung für die Demokratie und die Privatsphäre von Bürger:innen gefunden. So zeigte sich über die Hälfte der Befragten besorgt über die Weitergabe von Daten über Bürger:innen an staatliche Institutionen. Nur etwas ein Drittel von ihnen habe Vertrauen, dass Regierungen künstliche Intelligenz zum Nutzen ihrer Bürger:innen



verwenden würden. In welchen Bereichen und wie bereits aktuell Daten anhand ihrer digitalen Kommunikation und ihrer Nutzung digitaler Angebote erhoben werden, war jedoch einem Großteil der Befragten nicht bewusst.

- [We and AI - Living in a Datafied World: Experiences & Attitudes of Young Europeans](#)  

ESF: Praktische Hinweise zu Programmen für Kinder und Jugendliche

Die transnationale Kooperationsplattform des Europäischen Sozialfonds+ (ESF) hat zwei Handreichungen zur Erstellung von Programmen für Kinder und Jugendliche erarbeitet. Sie richten sich an Personen, die in ihrem Arbeitsalltag mit der Implementierung des ESF befasst sind. Eine der Publikationen zeigt auf, wie mit Mitteln des ESF soziale Ausschließung und Armut von Kindern bekämpft werden kann. Darin werden Erkenntnisse von Evaluationen bisher geförderter Projekte dargestellt. Daraus werden Empfehlungen abgeleitet: einen Blick auf die gesamte Familie einzunehmen, sich auf die vulnerabelsten Gruppen und die frühe Intervention bei Kindern mit Unterstützungsbedarf zu konzentrieren. Die Handreichung enthält außerdem eine Checkliste, die bei der Planung von Programmen helfen soll. Sie enthält detaillierte Fragen, die zur Erarbeitung der einzelnen Arbeitsschritte in Planungsphasen wie Zielsetzung, Zielgruppenidentifizierung, Partnerschaften und Konsultation sowie Projektmonitoring und Evaluation. Die zweite Handreichung gibt Hinweise zur Unterstützung von vulnerablen Jugendlichen beim Eintritt in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Darin wird dargestellt, welche Programmbereiche enthalten sein sollten, um schwer erreichbare Jugendliche zu motivieren und mit ihnen eine Zusammenarbeit aufzubauen. So wird die Wichtigkeit partizipativer Formate betont und aufgezeigt, wie Jugendliche in die Planung der Programme einbezogen werden können. Ein Abschnitt beschäftigt sich mit strategischen Partnerschaften, da die Kooperation mit Organisationen vor Ort bei schwer erreichbaren Zielgruppen entscheidend sei. Der letzte Abschnitt stellt Möglichkeiten vor, wie die Arbeit mit Jugendlichen evaluiert werden kann.

- [Use of the ESF for actions to combat poverty and social exclusion of children](#)  
- [Creating pathways of support for vulnerable young people to enter training and the labour market](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum / Ort | Titel der Veranstaltung | Veranstalter |
|-------------------------------|--|---|
| 7. Sept. 2021 Online | Gesellschaftliche Teilhabe jenseits urbaner Zentren: Wie können wir Transformationen in strukturschwachen Räumen nachhaltig gestalten? | Dienstagsdialoge für ein Einstein Center for Population Diversity |
| 13. – 16. Sep. 2021 Online | The Social and Solidarity Economy: From the Margins to the Mainstream | OECD |
| 14. Sep. 2021 Online | Family Group conferencing –a right and opportunity for every person and every family | COFACE: European Family Lab Breakfast Bytes |

| | | |
|---------------------------|---|--|
| 14. Sep. 2021 Online | Evidence Matters. Taking stock of the evidence on preventing and responding to violence against children | UNICEF |
| 23. Sep. 2021 Berlin | Europäisches Fachgespräch: Unterstützung Pflegebedürftiger durch ausländische Care Arbeiter*innen in der Häuslichkeit – Ambivalenzen aus Familiensicht in den Aufnahme- und Entsendeländern | Arbeitsgemeinschaft der dt. Familienorganisationen |
| 1. Okt. 2021 Online | UN International Day of Older Persons: Digital Equity for All Ages | UN Department of Economic and Social Affairs |
| 7.-8. Okt. 2021 Online | SELFIE Forum 2021: Empowering schools for learning in the digital age | SELFIE der Europäischen Kommission |
| 12. Okt. 2021 Online | Building peer support to family carers of persons with disabilities | COFACE: European Family Lab Breakfast Bytes |

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

